

Martin Böhm

Mitglied des Bayerischen Landtags
AfD-Fraktion

- Bundes- und europapolitischer Sprecher der Fraktion
- Mitglied im Ausschuss für Bundes- und Europa-Angelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Rückfragen: 0171/4433555 (MdL-Büro Coburg)
Mail: martin.boehm@afdbayern.de
Homepage: www.mdl-boehm.de

Pressemitteilung

16.11.2021

„Die Geldpolitik der EZB enteignet Deutschlands Sparer, Arbeitnehmer und Steuerzahler“ (Böhm)

Die Europäische Zentralbank hat erstmals eingeräumt, dass ihre Geldpolitik zur wachsenden finanziellen Ungleichheit der Gesellschaft beiträgt. So sagte Isabel Schnabel als Mitglied des EZB-Direktoriums kürzlich in einer Rede auf der „Conference on Diversity and Inclusion in Economics, Finance, and Central Banking“: „Ein erheblicher Teil der Bevölkerung des Euroraums besitzt keine Anleihen, Aktien oder Immobilien, und in dem Maße, in dem einige geldpolitische Instrumente, wie etwa der Ankauf von Vermögenswerten, die Preise dieser Vermögenswerte in die Höhe treiben, besteht die Gefahr, dass die Geldpolitik unverhältnismäßig stark denjenigen zugutekommt, die in den oberen Rängen der Vermögensverteilung stehen.“

Der europapolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bayerischen Landtag, Martin Böhm, äußert sich dazu wie folgt:

„Man reibt sich die Augen angesichts dieser ungewohnten Nachricht: Die EZB hat zugegeben, dass ihre Geldpolitik ungerecht ist! Als AfD haben wir diese Tatsache seit unserer Gründung klar benannt und wurden dafür als ‚Europafeinde‘ gebrandmarkt: Die Inflations- und Niedrigzinspolitik der EZB nutzt den Besitzenden und schadet den finanziell schlechter Gestellten.“

Leider ist es mit der neuen Offenheit der EZB doch nicht sehr weit her, denn die Rede von Frau Schnabel ist auf der EZB-Seite nicht auf Deutsch verfügbar. Deutschlands Bürger und Steuerzahler, die die finanziellen Hauptlasten der EU tragen, sind nämlich von der Finanzpolitik der EZB besonders betroffen. In keinem anderen hochentwickelten Industrieland ist die Eigenheimquote so niedrig und die Steuerlast so hoch wie in Deutschland. Auch der Besitz von Aktien ist bei uns weniger verbreitet als in anderen Ländern. Deutschlands Sparer setzen noch immer auf traditionelle Finanzprodukte wie Sparguthaben und Lebensversicherungen, die durch die wachsende Inflation aufgefrisst werden.

Ich hoffe, dass es nicht bei dieser einen Nachricht der EZB bleibt, sondern dass jetzt endlich alle Fakten zur Sprache kommen: Die Geldpolitik der EZB enteignet Deutschlands Sparer,

Arbeitnehmer und Steuerzahler. Sie sind die Leidtragenden der Inflations- und Umverteilungspolitik. Es wird Zeit, zu einer nationalen Währungspolitik zurückzukehren und dem gescheiterten Euro die Unterstützung durch immer höhere deutsche Haftungsrisiken zu entziehen.“